

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

175. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 12. Mai 2005

Tagesordnungspunkt 8:

Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 3. März 2004 (akustische Wohnraumüberwachung)** (Drucksachen 15/4533, 15/5486)

16446 A

Petra Pau (fraktionslos):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bürgerrechtsorganisationen, Rechtsanwälte und Initiativen registrieren seit langem, dass die Überwachungspraxis in Deutschland rasant zunimmt. Dies ist kein Zufall, es war gewollt: von der CDU/CSU ohnehin, aber auch von SPD und Grünen. Die PDS hat vor einer solchen Entwicklung gewarnt und sie abgelehnt.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos] – Josef Philip Winkler [BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN]: Das kann doch nicht wahr sein!)

Inzwischen hat sogar das **Bundesverfassungsgericht** die Überwachungspraxis gerügt und rechtliche Änderungen angemahnt. Es hat unmissverständlich klargestellt, dass es einen Kernbereich privater Lebensführung gibt, in dem weder der Staat noch seine Dienste etwas zu suchen haben: die Wohnung. Ausnahmen müssen wohl begründet und genehmigt sein. Darum geht es in der laufenden Debatte.

Nun hat Rot-Grün ein geändertes Gesetz vorgelegt. Heute stellt sich daher die Frage, ob es den Auflagen des Bundesverfassungsgerichts entspricht. Für die PDS muss ich diese Frage leider mit Nein beantworten.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Rot-Grün versucht, sich am Urteil des Gerichts vorbeizumogeln. Aus dem Bayerischen Wald hallt sogar der Ruf nach noch mehr Überwachung. Genau dies wollen wir aber nicht.

In diesem Zusammenhang erinnere ich daran, dass die Antiterrorgesetze aus dem Jahre 2001, die so genannten **Otto-Pakete**, nach zwei, spätestens drei Jahren überprüft werden sollten. Darauf warten wir im Bundestag und die interessierte Öffentlichkeit noch immer.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Stattdessen durften wir gestern hören, dass Bundesinnenminister Schily ihre Entfristung, also unbefristete Gültigkeit, anstrebt. Bündnis 90/Die Grünen signalisierten schon einmal Kompromissbereitschaft. Auch dafür hat die PDS im Bundestag kein Verständnis.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos] – Dr. Jürgen Gehb [CDU/CSU]: Sie ist doch gar nicht im Bundestag!)

Nun hat die FDP-Fraktion einige Änderungen beantragt. Sie zielen darauf, mit dem Gesetz zur Wohnraumüberwachung wenigstens den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zu genügen. Das ist uns als PDS zu wenig; denn wir sind weder für den großen noch für den kleinen Lauschangriff.

(Hans-Joachim Hacker [SPD]: Sie haben ja genug gelauscht!)

Nun noch eine Schlussbemerkung. Die FDP hat auf ihrem jüngsten Parteitag einen Beschluss zu **Bürgerrechten** gefasst. Die Vorsitzende der Grünen, Claudia Roth, hat danach gefrotzelt, die FDP

wolle sich plötzlich ein bürgerrechtliches Image zulegen. Sie wissen: Ich bin in vielen Fragen mit der FDP über Kreuz. Aber eine Erfahrung habe ich in den letzten zweieinhalb Jahren sammeln müssen: Immer wenn es hier um den Schutz der Bürgerrechte und auch die Abwehr in ihre Eingriffe ging, standen FDP und PDS allein gegen eine Allianz von CDU/CSU bis hin zu den Grünen.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos] und der FDP – Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herzlichen Glückwunsch!)

Das ist nicht gut für die Bürgerinnen und Bürger, nicht gut für die Demokratie und, wie ich finde, auch nicht gut für die Zukunft Deutschlands.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos] und der FDP – Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Fragen Sie mal Herrn Modrow, was er vom Lauschangriff hält! Herr Krings sagt, es würde gar nicht mehr gelauscht, Frau Pau sagt, es würde zuviel gelauscht! Was stimmt denn nun? Ich bin verwirrt!)